

Wahlkampfunterstützung Ost

Antragsteller*in: Jürgen Heßler (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 4. Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 ich möchte Julia Frank (Vorstand LV Hessen) danken, dass sie die Initiative der
3 Patenschaften für die anstehenden Wahlen zu den Landesparlamenten in
4 Ostdeutschland eingebracht hat.

5 Die Kreisversammlung möge beschließen, in Abstimmung mit dem jeweiligen Landes-
6 / Kreisverband konkrete Unterstützung und Maßnahmen zu planen.

7 Das sind zum Beispiel Finanzhilfe bei der Schaffung von Strukturen auf dem Land
8 zu organisieren, wo es noch keine grünen Orts- bzw. Kreisverbände gibt.

9 Dies ist ein Antrag in Konzeptform und muss in der laufenden KMV ggf. ergänzt
10 werden.

11 1. Finanzhilfen zur Anmietung und Einrichtung rudimentärer BürgerInnen-Läden mit
12 wenig Fläche aber in zentralen Fußgängerzonen.

13 2. Dort sollen zunächst bundesweit angeworbene Ehrenamtliche Sprechstunden
14 anbieten. Die Öffnungszeiten könnten täglich die ganze Woche Mo - So sein.

15 3. Nach einer Pilotphase sollen anhand von statistischen (neutrale und anonyme)
16 Frequenzzählungen und Themen der Anfragen über Verstärkungen der Angebote durch
17 lokale Mitglieder der Grünen entschieden werden.

18 4. Neben der Entgegennahme von Fragen der BürgerInnen sollen Wahlprogramme,
19 Flyer etc ausgelegt werden.

20 5. Wichtig wären auch QR-Codes zu den örtlichen Kreisverbänden und
21 Mitgliedsanträgen.

22 6. Bei positiver Resonanz könnten sich interessierte BürgerInnen als
23 KandidatInnen zu den nächsten Kommunalwahlen auf offenen Listen melden.

24 Nach Beschluss der KMV Frankfurt muss dieses Angebot detailliert, geschärft und
25 mit einem ostdeutschen Kreisverband abgestimmt und schriftlich vereinbart werden
26 (Durchführung/Verantwortung, Kommunikation, Social Media etc.). Der KV Frankfurt
27 sollte als Anschubfinanzierung die Miete des Ladens und dessen Einrichtung bis
28 zur Landtagswahl übernehmen. Die Kostenübernahme soll im Beschluss unter den
29 Vorbehalt der Finanzierbarkeit des jeweiligen Vorhabens gestellt werden
30 (Finanzwartin, Vorstand KV Frankfurt).

31 Der Antragsteller und eine, weitere noch zu bestimmende Person/n sollen als
32 Kommission des KMV die Zuarbeit gewählt werden.

Begründung

Der Antragsteller erkennt alternative unterstützende Massnahmen wie Spenden, Teilnahme an regulären Wahlkampfformaten im Rahmen der Patenschaft an. Diese sollen jedoch keinen Ersatz als entweder oder darstellen. Die Erfahrung zeigte z.B. in Thüringen, dass lokale Möglichkeiten bestehen und von den Mitgliedern begrüßt werden aber keine Ressourcen wie oben beschrieben vorhanden sind. Der Antragsteller (Jürgen Heßler) erklärt sich bereit für dieses Format 2 Tage pro Woche in ausgewählten Wochen z.B. in Sachsen-Anhalt ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen. Weitere Begründung und Einzelheiten mündlich. Um reichliche Unterstützung für diesen Antrag und konstruktive Änderungswünsche werbe ich. Dieser Antrag geht inhaltlich über bisherige Überlegungen hinaus. Es wäre ein Beitrag die Demokratie in Sachsen-Anhalt zu stärken.

A2 Tagesordnung

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 1.1. Beschluss der Tagesordnung

Antragstext

- 1 **1. Formalia**
- 2 **1.1. Beschluss der Tagesordnung**
- 3 **1.2. Beschluss des Protokolls 18.03.2026**
- 4 **2. Bericht der Sondierungskommission**
- 5 **3. Beschluss des Vorschlags der Sondierungskommission**
- 6 **4. Anträge**
- 7 **5. Berichte**
- 8 **6. Verschiedenes**

Begründung

Erfolgt Mündlich

A3 Gemeinsam für ein zukunftsfähiges Frankfurt

Antragsteller*in: Kreisvorstand (Grüne Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 3. Antrag: Gemeinsam für ein
zukunftsfähiges Frankfurt

Antragstext

1 Die GRÜNEN Frankfurt haben in den letzten Wochen ergebnisoffen mit allen
2 demokratischen Parteien gesprochen.

3 Unser Ziel war dabei im vertraulichen Rahmen Einigungsmöglichkeiten zu erkunden
4 und daran zu arbeiten, dass Frankfurt eine Stadtregierung erhält, die nicht
5 Stillstand verwaltet, sondern mutig gemeinsam Maßnahmen auf den Weg bringt.

6 Die Bürger*innen Frankfurts haben einen Anspruch auf eine Regierung, die die
7 Herausforderungen Frankfurts mit einem klar in die Zukunft gerichteten Blick
8 angeht: die Rezepte von gestern liefern keine Antworten für das heute und
9 morgen.

10 Der Kampf gegen den Klimawandel muss genauso eine Priorität bleiben wie die
11 Anpassungen unserer Stadt an den jetzt schon unvermeidlichen Klimawandel. In der
12 wachsenden Stadt müssen wir für bezahlbaren Wohnraum sorgen und neben dem
13 Stadtteil der Quartiere auch die Potentiale von Nachverdichtungen nutzen. Beim
14 Schulbau müssen wir aus dem Reagieren auf Notfallsituationen herauskommen und
15 die geplanten Sanierungen beschleunigen. Bei der Mobilität wollen wir, dass alle
16 ans Ziel kommen und wollen als Grüne natürlich vor allem den Umweltverbund aus
17 Fußverkehr, Fahrrad und ÖPNV stärken. Die Vision Zero, also das Ziel, dass es
18 keine Verkehrstoten in Frankfurt geben darf, soll unser Leitbild sein. Unsere
19 Stadtgesellschaft ist divers in vielen Dimensionen, das wollen wir fördern und
20 entwickeln. Das Frankfurt Immigration Office und das Welcome & Information
21 Center wollen wir zusammenlegen, damit Menschen effektiv in unserer Stadt
22 ankommen können. Gleichstellung und weibliche Selbstbestimmung, Schutz gegen
23 Gewalt sind zentral für uns.

24 Wir wissen auch, dass wir nicht allein die Mehrheit der Stadtbevölkerung
25 abbilden und bleiben deshalb offen für Kompromisse mit den anderen
26 demokratischen Parteien. Für uns messen sich Kompromisse auch an den Antworten
27 auf die folgenden Fragen. Können wir zeigen, dass die Lebensqualität der
28 Frankfurter*innen besser geworden ist? Können wir zeigen, dass das Projekt eine

29 positive Kosten-Nutzen-Analyse hat? Können wir zeigen, dass der Kompromiss nicht
30 nur für die nächsten fünf Jahre sinnvoll ist, sondern einen Weg in die Zukunft
31 weist?

32 Die Zeiten sind nicht einfach: nicht nur die Klimakrise ist unser ständiger
33 Begleiter, sondern auch die vielfältigen internationalen Krisen mit ihren
34 direkten Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. In
35 diesen Zeiten braucht Frankfurt keine Koalition des kleinsten gemeinsamen
36 Nenners, sondern ein starkes und vertrauensbasiertes Parteienbündnis, das
37 gemeinsam Zukunftsvisionen entwirft und auch bereit ist, zwischen
38 unterschiedlichen Projekten zu priorisieren und mutig gemeinsam Maßnahmen auf
39 den Weg bringt.

40 Die Kreismitgliederversammlung bestätigt, dass GRÜNE und Volt einer zukünftigen
41 Stadtregierung gemeinsam angehören sollen.

42 Die Kreismitgliederversammlung beschließt, dass die Sondierungskommission
43 aufgerufen ist, weiter an einer Übereinkunft mit Volt und anderen Partner*innen
44 für Frankfurt zu arbeiten. Falls es inhaltlich sinnvoll erscheint, kann die
45 Sondierungskommission in Absprache mit der Fraktion Fachgruppen bilden, die die
46 Sondierungskommission bei vertieften Verhandlungen unterstützt. Ziel ist eine
47 handlungsfähige Stadtregierung, die den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen
48 ist.

Begründung

Erfolgt mündlich

A4 Wahlkampfunterstützung Ost

Antragsteller*in: Jürgen Heßler (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 4. Weitere Anträge

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 die Kreisversammlung möge beschließen, in Abstimmung mit dem jeweiligen Landes-
3 / Kreisverband je ein KV in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konkrete
4 Unterstützung und Maßnahmen zu planen.

5 Das sind Finanzhilfen bei der Schaffung von Strukturen auf dem Land zu
6 organisieren, wo es noch keine grünen Orts- bzw. Kreisverbände bzw. keine
7 Mitglieder in kleinen Städten gibt.

8 1. Finanzhilfen zur zeitlich befristeten Anmietung und Einrichtung rudimentärer
9 BürgerInnen-Läden bzw. Popup-Läden oder Shop-in-Shop mit wenig Fläche aber in
10 zentralen Fußgängerzonen.

11 2. Dort sollen zunächst bundesweit angeworbene Ehrenamtliche Sprechstunden
12 anbieten. Die Öffnungszeiten könnten täglich die ganze Woche Mo - So sein.

13 3. Nach einer Pilotphase sollen anhand von statistischen (neutrale und anonyme)
14 Frequenzzählungen und Themen der Anfragen von Bürgern über Verstärkungen der
15 Angebote durch lokale Mitglieder der Grünen und lokale Finanzierung entschieden
16 werden.

17 4. Neben der Entgegennahme von Fragen der BürgerInnen sollen Wahlprogramme,
18 Flyer etc. ausgelegt werden.

19 5. Wichtig wären auch Mitgliedsanträge.

20 6. Bei positiver Resonanz könnten sich interessierte BürgerInnen als
21 KandidatInnen zu den nächsten Kommunalwahlen auf offenen Listen melden.

22 **Der KV Frankfurt sollte als Anschubfinanzierung die Miete des Ladens für 4**
23

24 **Monate, z.B. je 3000 EUR und dessen Einrichtung bis zur jeweiligen Landtagswahl**
25 **übernehmen.** Die Kostenübernahme durch den KV Frankfurt soll im Beschluss unter
26 den Vorbehalt der Finanzierbarkeit des jeweiligen Vorhabens gestellt werden
(Finanzwärtin, Vorstand KV Frankfurt).

27 Der Antragsteller und eine, weitere noch zu bestimmende Person/n sollen als
28 Kommission des KV für die Zuarbeit des Vorstands in der KMV gewählt werden
29 werden. Der Antragsteller und die gewählte Kommission werden weitere
30 Finanzierungsquellen im Auftrag des Vorstands recherchieren.

Begründung

Ich möchte Julia Frank (Vorstand LV Grüne Hessen) danken, dass sie die Initiative der Patenschaften für die anstehenden Wahlen zu den Landesparlamenten in Ostdeutschland bei der letzten LMV in Marburg eingebracht hat.

Nach dem Beschluss der KMV Frankfurt muss dieses Angebot detailliert, geschärft und mit ostdeutschen Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern als nächste Bundesländer, in denen Landtagswahlen stattfinden, abgestimmt und schriftlich vereinbart werden (Durchführung/Verantwortung, Kommunikation, Social Media etc. auch seitens Frankfurt).

Der Antragsteller erkennt alternative unterstützende Massnahmen wie Spenden, Teilnahme an regulären Wahlkampfformaten im Rahmen der Patenschaft an. Diese sollen jedoch keinen Ersatz als entweder oder darstellen. Die Erfahrung zeigte z.B. in Thüringen, dass lokale Möglichkeiten bestehen und von den Mitgliedern begrüßt werden aber keine Ressourcen wie oben beschrieben vorhanden sind. Der Antragsteller (Jürgen Heßler) erklärt sich bereit für dieses Format 2 Tage pro Woche in ausgewählten Wochen z.B. in Sachsen-Anhalt ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen. Weitere Begründung und Einzelheiten mündlich.

Um reichlich Unterstützung für diesen Antrag und konstruktive Änderungswünsche werbe ich. Dieser Antrag geht inhaltlich über bisherige Überlegungen hinaus. Es wäre ein Beitrag die Demokratie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.